Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI

Bundesamt für Gesundheit BAG
Abteilung Prävention nichtübertragbarer Krankheiten

11. November 2024

Kantone, Städte und Fachverbände debattieren über die Situation des inhalativen Konsums von Kokain (Crack und Freebase) in der Schweiz

Bericht zum zweiten runden Tisch des Bundesamtes für Gesundheit BAG

1 Einleitung

Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat in seiner koordinativen Rolle im November 2023 zu einem ersten runden Tisch eingeladen, denn Städte und Kantone sehen sich mit unterschiedlichen Herausforderungen bezüglich Kokainkonsum in rauchbarer Form konfrontiert – umgangssprachlich auch als «Crack» oder «Base» bezeichnet. Der Austausch wurde am 6. Juni 2024 in einem zweiten runden Tisch fortgesetzt. Wiederum waren Vertreterinnen und Vertreter aus mehreren Schweizer Städten und Kantonen, wie auch von Fachverbänden, Fachgesellschaften, von Infodrog, der Eidgenössischen Kommission für Fragen zu Sucht und Prävention nichtübertragbarer Krankheiten (EKSN), der Schweizerischen Gesellschaft für Suchtmedizin (SSAM) und weiteren betroffene Organisationen anwesend.

Einleitend haben das BAG sowie Suchtexperten und Suchtexpertinnen die Datensituation und den weiteren Forschungsbedarf aufgezeigt. Danach haben Städte und Kantone aus der Praxis berichtet und Handlungsoptionen aufgezeigt. BAG-Direktorin Anne Lévy unterstrich in ihrem Schlusswort die Bedeutung von begleitenden Massnahmen in der Suchthilfe. Der vorliegende Bericht ist keine abschliessende Bestandesaufnahme von Städten und Kantonen.

2 Einstiegsreferate

2.1 Daten und Trends im Substanzkonsum

Annette Fahr, Leiterin der Sektion wissenschaftliche Grundlagen der Abteilung NCD beim BAG, stellt die Entwicklungen beim Substanzkonsum und verschiedene Möglichkeiten der Datenerhebung vor. Zu den positiven Entwicklungen zählt, dass weniger Menschen risikoreich Alkohol konsumieren und dass immer weniger Tabak rauchen. Auch die Zahl der jährlichen Todesfälle und Hospitalisierungen, die aufgrund von Substanzkonsum erfolgen, liegen auf einem niedrigen Niveau. Auf der anderen Seite zeigen die Daten, dass mehr Menschen Cannabis und weitere nicht zugelassene psychoaktive Substanzen konsumieren, so auch MDMA oder Kokain. Gleichzeitig gibt es wieder eine höhere Nachfrage nach stationären Suchthilfeangeboten. Zudem entwickeln sich die problematische Nutzung der sozialen Medien unter Jugendlichen und das Geldspiel negativ.

Das BAG greift auf unterschiedliche Datenquellen zurück, um ein möglichst vollständiges Bild der Suchtproblematik zu erhalten. Dazu gehören beispielsweise Bevölkerungsbefragungen, Kriminal-, Todesursachen- und Spitalstatistiken, nicht zuletzt aber auch chemische Analysen und das Abwassermonitoring Dromedario.

Abwasseranalysen bieten eine neue Chance, um den Konsum von Tabak, Alkohol, von mehreren nicht zugelassenen psychoaktiven Substanzen und von Medikamenten zu messen. Alle 2 Wochen werden Proben genommen, die vierteljährlich ausgewertet werden. Der Kokainkonsum steigt in den Städten seit 2021 (Beginn der Messungen) kontinuierlich, es gibt jedoch auch grosse Unterschiede zwischen den Städten. Dabei mag überraschen, dass Lausanne und Chur die höchsten Werte beim «Crack»-Konsum zeigen, Zürich und Genf hingegen liegen «nur» im Mittelfeld. Die Daten sind objektiv und zeigen die konsumierte Menge, allerdings sagen sie nichts darüber aus, wie viele Menschen konsumieren. Deshalb hat das BAG entschieden, das Projekt Dromedario weiterzuführen. Die Daten werden ab sofort auf dem Dashboard publiziert.

Link auf Dashboard: Dashboard DroMedArio

2.2 Kokain und «Crack» – Stellungnahmen und Positionspapiere der SSAM

Dr. med. Toni Berthel, Präsident der SSAM, gibt einen Überblick über die neueren Stellungnahmen der SSAM und berichtet über die Schlussfolgerungen.

Folgende **Publikationen** der SSAM stehen mit diesem Thema in Verbindung:

- «Therapieformen bei Crack- und Kokainkonsum», Bericht 2023 (BAG-Mandat)
- «Positionspapier Kokain und Crack», 2023
- Artikel in Vorbereitung: «Macht eine Kokain-gestützte Behandlung der Crack-Konsumstörung Sinn?», 2024

Die Publikationen der SSAM können auf ihrer **Webseite** heruntergeladen werden.

Der Bericht **«Therapieformen bei Crack- und Kokainkonsum»** erläutert die aktuelle Situation der Therapiemöglichkeiten und -praxis sowie den Forschungsbedarf für «Crack» und Kokain. Ausserdem sollen Menschen mit einer Kokain-/»Crack»-Abhängigkeit mit erfolgsversprechenden Therapiemethoden unterstützt werden, so beispielsweise mit psychosozialen Interventionen (Contingency Management) oder mit Unterstützung bei der Erfüllung von Grundbedürfnissen. Gerade bei «Crack»-Konsumierenden ist es angebracht, neue Formen des Zugangs zu den Konsumierenden zu finden, da sie aggressiver auftreten und die Kontaktstellen weniger häufig von sich aus aufsuchen. So könnte sich aufsuchende Sozialarbeit oder auch Peer-Arbeit lohnen. Diese Arbeit muss auch finanziert werden. Die Autoren (und die SSAM) sind klar der Meinung, dass die öffentliche Hand sich hier engagieren muss, unter anderem auch, um zur Beruhigung der Situation beizutragen und damit dem öffentlichen Raum Sorge zu tragen.

Das **«Positionspapier Kokain und Crack»** beleuchtet, mit welchen Massnahmen Menschen mit einer Kokain- und «Crack»-Abhängigkeit am besten unterstützt werden können. Es hat sich gezeigt, dass diese Gruppe von Konsumierenden aufgrund der Eigenschaften des gerauchten Kokains spezifische Bedürfnisse hat. Deshalb reichen bestehende Massnahmen nicht aus um Menschen mit einer Kokain-/«Crack»-Abhängigkeit abzuholen. Insbesondere müssen Ersatztherapien gefunden werden mit langsam anflutenden Wirkstoffen. Eine kontrollierte Verschreibung verschiedener Kokainprodukte mit unterschiedlichen Dosierungen wäre auch deshalb angezeigt, weil die Verschlechterung des körperlichen und geistigen Zustandes bei «Crack»-Konsumierenden bedenklich rasch voranschreitet.

Der Artikel **«Macht eine Kokain-gestützte Behandlung der Crack-Konsumstörung Sinn?»** ist noch nicht publiziert. Auch hier kommen die Autoren zum Schluss: Eine kokain-gestützte Behandlung von «Crack»-Konsumierenden bietet angesichts des steigenden «Crack»-Konsums in Europa neue Perspektiven. Durch kontrollierte Dosierung und verschiedene Abgabeformen könnten Risiken minimiert und die Motivation zum Therapieeinstieg gefördert werden.

Auf entsprechende Nachfrage aus dem Publikum ergänzt Simona De Berardinis, Leiterin der Nationalen Strategie Sucht, Abteilung NCD, BAG, dass eine medizinisch gestützte Abgabe aus rechtlicher Sicht bereits heute möglich ist, jedoch in der Schweiz nicht praktiziert wird.

2.3 Aufruf der EKSN zum Konsum von Crack, Freebase und anderen Drogen im öffentlichen Raum

Frank Zobel, Kommissionsmitglied der EKSN und Vizedirektor von Sucht Schweiz, geht zunächst auf die Medienberichterstattung zum «Crack»-Konsum ein. Dieser ist wieder sichtbarer geworden. Einige Städte haben bereits reagiert und neue Anlaufstellen eingerichtet.

Frank Zobel stellt den Aufruf der EKSN vor: Niederschwellige Massnahmen zur Risikominderung und Überlebenshilfe sollen ausgebaut werden. Dazu gehören Essensausgabe, Schlafplätze, Einrichtung oder Ausbau von Konsumräumen sowie medizinische und soziale Hilfe direkt am Ort des Geschehens. So sollen neue Behandlungs- und Betreuungsformen entwickelt werden.

Es sollen innovative pharmazeutische Ansätze erforscht oder Modelle zur Abgabe von Kokain erprobt werden, die auch therapeutische Aufenthalte umfassen. Ausserdem sollen Massnahmen entwickelt werden, die gezielt auf das Angebot nicht zugelassener psychoaktiver Substanzen abzielen, um deren

Allgegenwärtigkeit zu begrenzen, aber auch um dieses Angebot zu ersetzen (kontrollierte Abgabe), wenn es ausser Kontrolle gerät.

Weiter sollen unter anderem Monitoring-, Forschungs- und Analysearbeiten entwickelt werden, die ein besseres Verständnis der Situation und der aktuellen Phänomene ermöglichen und eine neue Regulierung des Marktes geprüft werden.

2.4 Situation in den Städten und Kantonen

2.4.1 Aktuelle Situation in Lausanne und im Kanton Waadt

Die Situation in der Waadt wird von Hugues Balthasar (responsable de missions stratégiques, département de la santé et de l'action sociale / Canton de Vaud) und Salomé Donzallaz (co-responsable dispositif addictions, service de l'inclusion et des actions sociales de proximité / ville de Lausanne) vorgestellt.

Kanton Waadt
Im Jahr 2023 verschlechterte sich die Situation im öffentlichen Raum deutlich. Der Konsum von Heroin nahm ab, jener von Kokain hingegen nahm zu. Kokain war leicht zugänglich und dies zu einem günstigen Preis. In Yverdon-les-Bains wurde ein Markt für rauchfertiges Kokain («Crack») festgestellt. Anderswo wurde Kokain für die inhalative Einnahme von den Konsumierenden weiterhin selbst zubereitet. Es entstanden kleine offene Szenen, es kam vermehrt zu Gewalt und risikoreichem Verhalten. So wurde eine Zunahme der Mehrfach-Verwendung des Konsummaterials festgestellt, was zu Hepatitis-Übertragungen und anderen Gesundheitsproblemen führen kann. Diese Umstände haben dazu geführt, dass der Kanton Waadt 2023 den Art. 7 der LSP (Loi sur la santé publique) aktiviert hat, also eine Notsituation der öffentlichen Gesundheit (situation d'urgence sanitaire) geltend gemacht hat. In diesem Kanton gibt es schon seit einigen Jahren einen Plan d'Action, der sich stark auf Schadensminderung fokussiert. Zudem werden jährlich Daten zu den Nutzenden der Kontakt und Anlaufstellen des Kantons erhoben und analysiert. Diese wurden im Mai 2023 einem Bericht veröffentlich.

Lausanne
Die Situation in Lausanne hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Seit 2021 wird vermehrt «Crack» konsumiert, es gibt neue Konsumierende und die Art des Kokain-Konsums hat sich verändert: es gibt Konsumierende, die sowohl spritzen als auch inhalieren. Der Preis des Kokains ist sehr niedrig und liegt bei 10 Franken pro 0,2g. Das meiste Kokain, das verkauft wird, hat einen Reinheitsgrad von mehr als 60%. Ausserdem haben die Beschaffungskriminalität und Gewaltvorfälle zugenommen. Kokain wird von den Konsumierenden meistens selbst zu «Crack» zubereitet.

Lausanne hat aufgrund der sich verschlechternden Situation die sozio-sanitären Massnahmen verstärkt. So wurde neben dem bereits bestehenden Konsumraum im Vallon-Quartier ein zweiter auf der Place de la Riponne eingerichtet. Dieser ist seit dem 27. Mai 2024 in Betrieb. Dank der Umstrukturierung des Polizeikorps können nun 100 Polizisten an der Eindämmung des Konsums im öffentlichen Raum arbeiten, das Dealen auf der Strasse verhindern wie auch entsprechende Szenen auflösen. Gelder und Substanzen werden bei Dealern beschlagnahmt. Jedoch ist der Mangel an Haftplätzen zur Verbüssung kurzer Strafen immer noch sehr gross. Ausserdem hat Lausanne ein Monitoring eingerichtet. Es werden Daten zur Szenenbildung und zum Littering mittels einer App durch das Stadtpersonal erhoben. So kann eine «Konsumkarte» erstellt und die verschiedenen Equipen können gezielt eingesetzt werden. Darüber hinaus werden alle Beschwerden, die an die Verwaltung gesendet werden, verfolgt. Es werden auch Sitzungen mit den Nachbarn des neuen Konsumraums abgehalten.

2.4.2 Aktuelle Situation in Brugg

Die Situation in Brugg wird von Fabienne Senn (Stellvertretende Abteilungsleiterin Gesellschaft / Stadt Brugg) und Severin Dommann (Abteilungsleiter Gesellschaft, Stadt Brugg) vorgestellt.

Neben den Berichten aus den grossen Städten gewährte Brugg einen interessanten Einblick in die Realität einer Kleinstadt. Brugg hat 13’500 Einwohner und ist eng mit der Nachbarsgemeinde Windisch mit 8’200 Einwohnern verbunden. In Brugg/Windisch gibt es schon seit Jahren eine kleine sichtbare Szene. Es wird überwiegend Kokain geraucht. Die Stadt hat bisher jedoch wenig bis gar keine Erfahrung mit Suchtangeboten. Im Sommer / Herbst 2023 hat sich die Situation zugespitzt. Die Ausweitung der Szene auf bis zu 40 Personen hatte Begleiterscheinungen zur Folge: So gab es öffentlichen Konsum und es lagen Konsummaterialien herum. Es kam zu Beschaffungskriminalität sowie Littering und Vandalismus. Die öffentliche Sicherheit wurde damit gestört

Gleichzeitig gibt es im Kanton Aargau nur wenige Angebote zur Schadensminderung, obwohl es einen ausgewiesenen Bedarf gibt. Der Regierungsrat des Kantons hat deshalb die Suchtstrategie als Teil der Gesundheitspolitischen Gesamtplanung 2030 vorgezogen. Die Suchtstrategie soll zukünftig die Grundlage dafür bilden, die Suchthilfe im Kanton Aargau zu steuern und zu koordinieren.

Per 1. Juni 2023 wurde in der Stadt Brugg der Fachbereich Gesellschaft geschaffen und eine Arbeitsgruppe «Sicherheit am Bahnhof» gebildet. Der Arbeitsgruppe gehören Vertreter des Kantons Aargau, der Suchtberatung AGS, der PDAG, der Regional- und Kantonspolizei, der Transportpolizei SBB, der Fachhochschule Nordwestschweiz und der Gemeinden Windisch und Brugg an.

Infodrog wurde beauftragt, eine Bedarfsanalyse zu erstellen, um die aktuelle Problemlast zu eruieren, die betroffenen Zielgruppen zu analysieren, die Angebotslücken zu ermitteln und Massnahmen zu empfehlen. Da die Szene vor dem Bahnhof unerwünscht war, haben sich die Konsumierenden in der ganzen Stadt verteilt. Eine Befragung hat ergeben, dass sich die betroffenen Personen einen Konsumraum wünschen. So wurde die Schaffung niederschwelliger Angebote geprüft, ebenso die Möglichkeit von Aufenthaltsorten und Lebensmittelabgabe. Bis Mitte Jahr soll der Schlussbericht mit konkreten Vorschlägen für Massnahmen vorliegen.

Die Abteilung Gesellschaft erhofft sich, mit der Bedarfsanalyse und dem entsprechenden Schlussbericht die Schadensminderung im Kanton Aargau vorantreiben zu können, der Politik die Ausgangslage zu erklären und für die Betroffenen Angebote schaffen zu können. So könnte die Region Brugg im Kanton Aargau eine Vorreiterrolle für schadensmindernde Angebote einnehmen.

2.4.3 Aktuelle Situation in Basel-Stadt

Die Situation in Basel-Stadt wird von Regine Steinauer (Leiterin Abteilung Sucht / Gesundheitsdepartement Kanton Basel-Stadt) vorgestellt.

Basel hat seit dem letzten runden Tisch verschiedene Massnahmen umgesetzt, vor allem auf der rechten Rheinseite (Kleinbasel). Die Problemlage zeigt sich an verschiedenen Orten unterschiedlich. Die Häufung von Gewalttaten, Eigentumsdelikten und Betäubungsmittelhandel an einem Ort sowie Betäubungsmittelkonsum und -Handel, Lärm und Littering an anderen Orten, stellen eine Belastung des öffentlichen Raums dar. Der Kanton Basel-Stadt hat eine Arbeitsgruppe gebildet und im Januar 24 wurden im Regierungsrat Massnahmen verabschiedet, jeweils angepasst auf die konkrete Situation vor Ort.

Um die Sicherheit zu erhöhen wurden bauliche und repressive Massnahmen umgesetzt (Videokameras installiert, Polizeipräsenz erhöht, Sicherheitsdienste aufgeboten, Parkbänke entfernt, Verstösse gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz geahndet). Im Bereich der Schadensminderung wurde die aufsuchende Sozialarbeit ausgebaut, die Anzahl Konsumplätze der Kontakt- und Anlaufstellen erhöht, die Öffnungszeiten angepasst und befristet die Öffnungszeiten der Notschlafstellen verlängert.

Fazit: Die ergriffenen Massnahmen werden von der Bevölkerung mehrheitlich positiv aufgenommen. Die Wirkung der erhöhten Polizeipräsenz auf Eigentumsdelikte und Gewaltdelikte ist befriedigend und die Wirkung auf Handel und Konsum psychoaktiver Substanzen ist gering. Die aufsuchende soziale Arbeit kann die Entstehung von Szenen im öffentlichen Raum nicht verhindern, zeigt jedoch durch die situative Herangehensweise eine Verbesserung der sozialen und gesundheitlichen Situation der

Konsumierenden. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind zudem wichtige Ansprechpartner für die Anwohnerschaft.

Die Bedürfnisse der diversen Nutzendengruppen im öffentlichen Raum sind sehr heterogen. Der Austausch zwischen kantonalen und privaten Institutionen/Organisationen ist intensiver denn je.

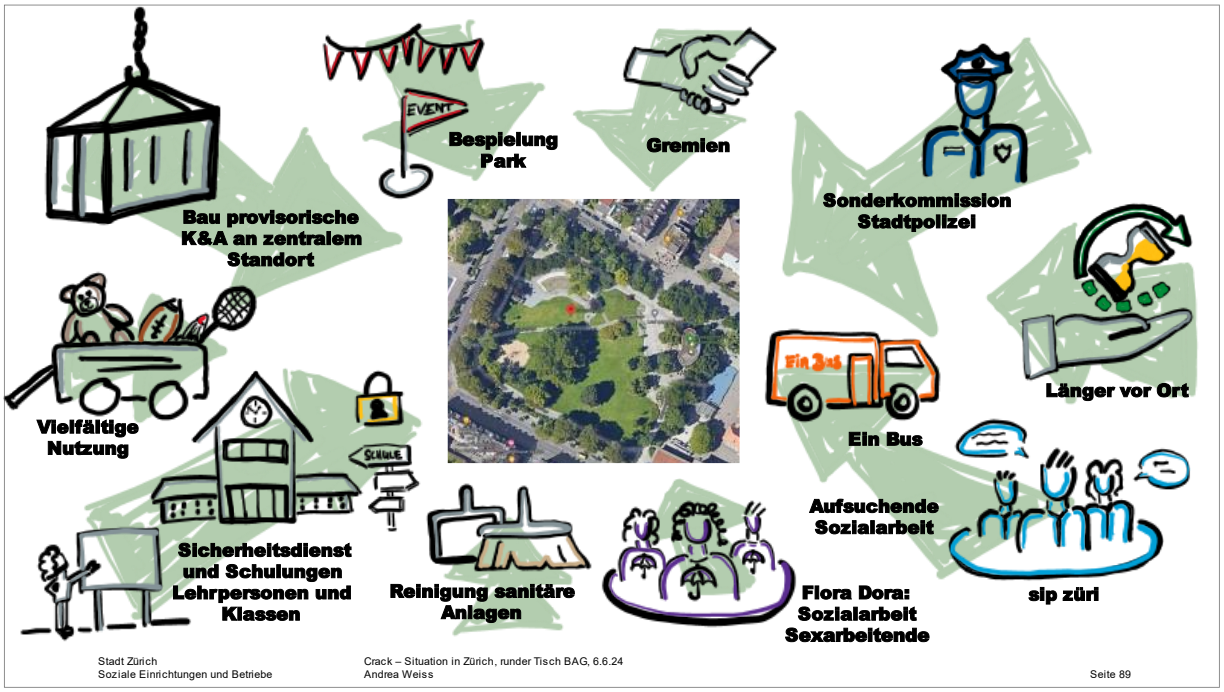
2.4.4 Aktuelle Situation in Zürich

Die Situation in Zürich wird von Andrea Weiss (Bereichsleiterin Soziale Einrichtungen und Betriebe Schutz und Prävention / Stadt Zürich) vorgestellt.

Seit dem letzten runden Tisch sind in Zürich die Kontakt- und Anlaufstellen immer noch sehr hoch ausgelastet. Es gibt rund 30'000 Konsumationen pro Monat, bei 80% handelt es sich dabei um «Crack». In Zürich gibt es rund 1000 Konsumierende, die regelmässig die Kontakt- und Anlaufstellen besuchen. Einige wenige Personen sind von ausserhalb der Stadt zugelassen. Die Stadt hat ein koordiniertes Vorgehen zwischen Polizei und Sozialarbeit, um die Konsumierenden in die Kontakt- und Anlaufstellen zu triagieren und um zu den einzelnen Betroffenen eine Beziehung aufbauen zu können. Es gibt in der Kontakt- und Anlaufstelle Kaserne einen neuen Ruheraum mit vier Betten, der sehr beliebt und eigentlich immer belegt ist. Per Juni wurden die Öffnungszeiten noch besser auf die verschiedenen Kontakt- und Anlaufstellen abgestimmt. Im Kreis 4 hat es tendenziell eine leichte Entlastung gegeben. Gerade die Bäckeranlage wird aber noch immer intensiv genutzt. Die Stadt investiert sehr viel in die aufsuchende Sozialarbeit und die Polizei hat weiterhin eine erhöhte Präsenz vor Ort. Es gab zudem einen Abend der offenen Tür für die Anwohnenden der Kontakt- und Anlaufstelle Kaserne, der sehr rege besucht wurde und viel zum gegenseitigen Verständnis beigetragen hat. Es waren Vertreterinnen und Vertreter anwesend von der Polizei, der aufsuchenden Sozialarbeit, der Soziokultur, und so weiter. Dasselbe wurde in Form eines Walk-ins in der Bäckeranlage wiederholt.

Auf der Bäckeranlage wurden schon mehrmals Walk-ins durchgeführt bei denen Vertreterinnen und Vertreter von der Polizei, der aufsuchenden Sozialarbeit, der Soziokultur, des Quartiervereins und der Schule anwesend waren. Dies war eine sehr gute Gelegenheit, auf Augenhöhe mit den Anwohnenden und weiteren Interessierten auf der Bäckeranlage ins Gespräch zu kommen, Fragen zu beantworten und Unsicherheiten begegnen zu können.

Übersichtsdarstellung zur Situation in der Bäckeranlage der Stadt Zürich



Zürich will den Park nicht der Szene überlassen, sondern ihn weiterhin vielfältig nutzen. Deshalb werden öffentliche Veranstaltungen organisiert, wie den Lauf gegen Rassismus. Ausserdem werden Lehrpersonen in den Schulhäusern in der Nähe oder auch Kitamitarbeiterinnen im Umgang mit Konsumierenden geschult, damit sie den Park weiterhin nutzen. Städtische Gremien treffen sich regelmässig und erstellen nun ein gemeinsames Lagebild. Das Personal vor Ort beurteilt die Lage, damit die Situation in unterschiedliche Eskalationsstufen eingeteilt werden kann. Ausserdem möchte man offen sein dafür, Interventionen auch für kurze Zeit auszuprobieren.

Aus dem nationalen Städteaustausch Kokain, der seit über zwei Jahren existiert, hat sich die kleinere interurbane Arbeitsgruppe Kokain gebildet. Diese Gruppe besteht aus den Städten Lausanne, Genf, Basel, Zürich, Bern und aus dem Kanton Tessin.

2.4.5 Aktuelle Situation im Kanton Genf

Die Situation im Kanton Genf wird von Samia Brunner (conseillère scientifique secteur prévention et promotion de la santé, département de la santé et des mobilités / République et canton de Genève) vorgestellt.

Der Kanton Genf hat Sucht Schweiz für eine Situationsanalyse mandatiert und darauf aufbauend einen strategischen, interdepartementalen Plan erstellt mit Massnahmen, die derzeit umgesetzt werden. Bei der Umsetzung arbeiten mehrere Abteilungen über ihre Departementsgrenzen zusammen, so unter anderem die Abteilung für Gesundheit und Mobilität, die Abteilung für den sozialen Zusammenhalt, die Abteilung für Institutionen und Digitales (darunter die Polizei) und die Abteilung für öffentliche Bildung. Ausserdem gibt es mehrere Partnerorganisationen, die an der Umsetzung beteiligt sind, wie beispielsweise die Heilsarmee oder das Kollektiv der Vereinigungen für soziale Notfälle und andere mehr. Auf der Ebene der Massnahmen hat der Kanton die sozio-sanitäre Koordination mit dem Psychiatriepol gefördert, nächtliche Rundgänge ausgebaut und die Erhöhung der Anzahl der Schlafplätze in den Notschlafstellen aufrechterhalten – diese stammen noch aus der Pandemie und haben ihren Nutzen für diese Bevölkerungsgruppe bewiesen. Ausserdem werden zweimal im Tag Mahlzeiten und Getränke verteilt und mehr bezahlte Tätigkeiten angeboten.

Weitere Massnahmen befinden sich derzeit in Planung. So soll der Konsumraum erweitert werden, um Personen, die «Crack» konsumieren, tagsüber aufzunehmen. Ausserdem sollen die Aussenanlagen

neu gestaltet werden. Bei der Eröffnung der Erweiterung ist vorgesehen, Substanzproben aus dem Konsumraum mit einem schnellen Testverfahren (NIRLab) zu analysieren. Ebenfalls werden zusätzliche Betten im Mutter-Kind-Heim in Betracht gezogen. Der Bestand an Polizisten soll erhöht werden und sechs zusätzlich Vollzeitäquivalente für gerichtliche Ermittlungen beantragt werden. Ausserdem soll weiterhin in die Aus- und Weiterbildung für das Personal des Vereins *Première Ligne* investiert werden. Schliesslich sollen für das Housing-First-Konzept mehr Stellen beantragt werden.

Im Bereich des Monitorings will der Kanton die Entwicklung der Situation bezüglich Opioide überwachen, ebenso den Verkauf von Ketamin im Partymilieu. Eine besondere Überwachung ist im Sommer geplant bei Festivitäten rund um den See, ausserdem sollen die Auswirkungen der Hitze auf die Gesundheit beobachtet werden. Nicht zuletzt wird die Möglichkeit, Minderjährige ins Drug Checking zuzulassen, geprüft.

2.4.6 Fragerunde

Im Anschluss an die Beiträge der Referentinnen und Referenten fand eine Fragerunde statt. Es ging dabei um folgende Punkte:

Kokaingestützte Behandlungen: Es gibt bereits heute eine gesetzliche Grundlage für eine suchtmedizinisch indizierte und begleitete Abgabe von Kokain zu therapeutischen Zwecken. Es handelt sich um den Artikel 3e im Betäubungsmittelgesetz. Es gibt aber in der Umsetzung spezielle Anforderungen, die man vorgängig klären müsste.

Pilotversuche mit Kokain: Für Pilotprojekte für den Gebrauch von Kokain ausserhalb medizinischer Anwendungen für den rekreativen Konsum gibt es keine gesetzliche Grundlage. Es bräuchte hier den Willen des Parlaments und der Bevölkerung. Dieser ist derzeit nicht so deutlich spürbar wie beim Cannabis. Für Kokain hat dieser gesellschaftliche Prozess bislang nicht stattgefunden.

Finanzierung: Die rechtliche Grundlage ist eine wichtige Dimension des Problems. Forschung oder Pilotversuche können nur umgesetzt werden, wenn sie auch finanziert werden. Dasselbe Problem stellt sich auch bei Suchtbehandlungen, welche in der Hoheit der Kantone stehen. Dort wird immer häufiger Geld gestrichen.

Schadensminderung: Der Bund unterstützt sehr gerne mit Grundlagen, Daten und Vernetzung. Dies geschieht vor allem durch die Fachstelle Infodrog. Man kann sich für Analysen und diverse Mandate auch an sie wenden.

Personen mit hängigen Asylverfahren: Das BAG befindet sich im Austausch mit dem Bundesamt für Migration SEM. Das BAG hat der SSAM zudem den Auftrag gegeben, die Verschreibungspraxis in den Bundeszentren zu überprüfen. Die Priorität der Bundesasylzentren liegt derzeit auf dem Umgang mit Pregabalin. Es werden Sicherheitskontrollen gemacht, dennoch gelangt «Crack» manchmal in die Zentren. Das Phänomen ist jedoch neu.

Personalmangel: Es gibt zu wenig Personal, das suchtmedizinisch ausgebildet ist. Die Schweiz muss deshalb im Ausland rekrutieren. Das BAG versucht, generell bessere Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen zu schaffen. Die Fachgesellschaften sind in der Nachwuchsförderung ebenfalls gefordert.

Tagung zu «Crack»: Der Schweizerischer Städteverband und die städtischen Sicherheitsdirektorinnen und Sicherheitsdirektoren planen im nächsten Frühling eine Tagung zu «Crack». Der Austausch zwischen Fach- und politischer Ebene sowie über die Städte hinaus ist sehr wichtig. Es soll auch ein Papier geben zur städtischen Sozialpolitik.

Regulierung: Auch eine gesetzlich geregelte Vermarktung von psychoaktiven Substanzen birgt gefahren. Daher müssen Prävention und Früherkennung immer mitgedacht werden.

Fetanyl: Ein Markteintritt von Fentanyl oder anderen synthetischen Opioiden kann nicht ausgeschlossen werden. Vorkehrungen auf Ebene Bund, Kanton und Gemeinde werden begrüsst.

2.4.7 Schlusswort Anne Lévy

BAG-Direktorin Anne Lévy ergreift das Schlusswort. Sie betont, dass die 4-Säulen-Politik noch immer wirksam ist und dass sie auch dann funktioniert, wenn neue Substanzen auftauchen. Es brauche alle vier Pfeiler: Prävention, Therapie, Schadensminderung und Repression, beziehungsweise Regulierung. Besonders wichtig sei es, dass die Akteure der verschiedenen Säulen bereichsübergreifend mit den Fachleuten der anderen Säulen zusammenarbeiteten.

Sie erinnert noch einmal daran, dass die Erfahrungen aus den Städten zeigen, dass zentral gelegene Kontakt- und Anlaufstellen helfen, den Gesundheitszustand von suchtkranken Menschen zu stabilisieren und den öffentlichen Raum zu entlasten. Und dass es oft einfacher ist, bestehende Kontakt- und Anlaufstellen auszubauen als dieses Angebot – in einer akuten Krise – komplett neu aufzubauen.

Angebote müssen auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet werden. Diese Bedürfnisse sind unterschiedlich, von Ort zu Ort, von Region zu Region. Daher ist es sinnvoll, wenn Gemeinden/Städte diese Angebote entwickeln, sie sind nahe an den Leuten und kennen die Problemlage. Das BAG hilft aber bei der Angebotsentwicklung oder mit Grundlagenwissen. Hier nimmt auch Infodrog eine wichtige Rolle als beratende Organisation ein.

Wichtig ist auch ein Frühwarnsystem. Das Monitoring ist Sache des Bundes. Er wird dabei unterstützt von den Kantonen und Gemeinden. Mit dem Pilotprojekt zum Abwassermonitoring kann das BAG einen Lösungsansatz präsentieren. Der Pilot wurde 2021 gestartet und wird Mitte 2025 abgeschlossen sein. Die ersten Ergebnisse sind vielversprechend.

Daher braucht es ein schweizweit funktionierendes Netz mit psychosozialen und suchtmedizinischen Hilfestellungen für die Betroffenen. Hier braucht es Weiterentwicklungen, beispielsweise in der Sicherstellung von Obdach und eine bessere Abstimmung der Angebote unter den Kantonen. Denn auch hier zeigt die Erfahrung aus der Praxis: Menschen mit einer Abhängigkeitserkrankung haben dann die besten Chancen für eine Reintegration, wenn sie in ihrem sozialen Umfeld begleitet werden. Dies entspricht der Grundidee des biopsychosozialen Ansatzes der Vier-Säulen-Politik, die sich bewährt hat.